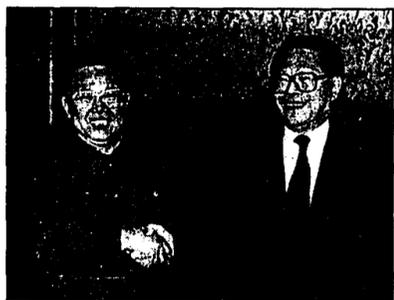


NACHRICHTEN

Nordkoreas Führer Kim Jong Il in Peking



PEKING: Der nordkoreanische Führer Kim Jong Il (links) hat die Volksrepublik China besucht. Der «inoffizielle Besuch» zwei Wochen vor dem historischen Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea kennzeichnet eine Wiederbelebung der einst engen Freundschaft mit China. Es war soweit bekannt die erste Auslandsreise Kim Jong IIs seit 17 Jahren. In Gesprächen mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin und anderen Spitzenpolitikern sei eine «breite Übereinstimmung» erzielt worden, sagte die Sprecherin des Aussenministeriums, Zhang Qiyue, am Donnerstag. Internationale und regionale Fragen sowie der bevorstehende Gipfel in Pjöngjang seien erörtert worden. China äusserte die Hoffnung, dass beim ersten Treffen zwischen Führern des verfeindeten Nordens und Südens Koreas «positive Fortschritte» gemacht werden. Dies sei auch förderlich für Frieden und Stabilität in der Region, sagte die Sprecherin weiter. China erklärte sich bereit, eine «bestimmte Menge» Nahrungsmittel und andere Materialien kostenlos an das von Hunger geplagte Nordkorea zu liefern, «um Schwierigkeiten zu überwinden». Die genaue Menge wurde nicht mitgeteilt. Trotz der ungewöhnlichen Umstände der Visite von Montag bis Mittwoch, die zunächst geheim gehalten wurde, sagte die Sprecherin des Aussenministeriums: «Wir betrachten es als einen normalen Besuch.» Er sei lange geplant gewesen. Kim Jong Il wurde von hochrangigen Militärs und Politikern begleitet.

Ex-Präsident Mladenow gestorben



SOFIA: Bulgariens kommunistischer Ex-Präsident Petar Mladenow, der 1989 den gestürzten Diktator Todor Schiwkow ablöste, ist in der Nacht zum Donnerstag nach langer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Das berichteten staatliche und private Medien in Sofia. Mladenow, der 18 Jahre lang Aussenminister unter Schiwkow gewesen war, litt an einer Herzkrankung. Er galt als eine der Schlüsselfiguren des friedlichen Übergangs von der kommunistischen Diktatur zum demokratischen Mehrparteiensystem in Bulgarien.

Verhandlungen über Entschädigung

BERLIN: Die Verhandlungen über eine Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiter der Nazis sind fortgesetzt worden. Der US-Sonderbeauftragte Stuart Eizenstat traf am Donnerstag in Berlin mit dem Regierungsbeauftragten Otto Graf Lambsdorff und dem Sprecher der deutschen Wirtschaft, Manfred Gentz, zusammen. Als letzte wichtige offene Frage gilt der Rechtsschutz für deutsche Unternehmen in den USA vor Klagen wegen NS-Unrechtstaten.

Papst mahnt zu Geschlossenheit

HAMBURG: Papst Johannes Paul II. hat die deutschen Katholiken zur Geschlossenheit aufgerufen. Dies liess er in einer vor 30 000 Gläubigen auf dem 94. Deutschen Katholikentag in Hamburg verlesenen Grussbotschaft verlauten. Beim zentralen Gottesdienst zu Christi Himmelfahrt verlas der Apostolische Nuntius, Giovanni Lajolo, auf dem Hamburger Fischmarkt das Papst-Wort. Mit Dankbarkeit und Wertschätzung äusserte sich der Papst über den Katholikentag als christliches Forum zum Dialog und gemeinsamen Handeln. Zuvor hatte sich der Streit zwischen Reformkräften und konservativen Bischöfen um die Schwangeren-Konfliktberatung und das angeblich zu wenig religiöse Profil des Katholikentags zugespitzt.

Clinton trifft Barak

Clinton kündigt Besuch Albrichts im Nahen Osten an

LISSABON: US-Aussenministerin Madeleine Albright wird nächste Woche den Nahen Osten besuchen, um die Verhandlungen über den Endstatus der Palästinensergebiete voran zu treiben. Das kündigte US-Präsident Bill Clinton am Donnerstag in Lissabon an.

«Ein Friedensabkommen ist in Sicht», sagte Clinton nach seinem Treffen mit Israels Regierungschef Ehud Barak. Barak habe ihm erneut versichert, dass er ein umfassendes Friedensabkommen anstrebe, sagte Clinton. Das Gleiche wisse er von Palästinenser-Präsident Jassir Arafat.

Er werde sich demnächst mit Arafat in Washington treffen. Allerdings bleibe noch schwierige Arbeit zu erledigen. Die USA würden alles tun, um bei der Überbrückung der Gräben zwischen beiden Seiten zu helfen. Clinton hatte sich in Lissabon zwei Stunden lang mit Barak über den Fortgang des Friedensprozesses nach dem schnellen Abzug Israels aus Südlibanon unterhalten.

Ein Beamter des US-Aussenministeriums erläuterte, dass die Grundlagen für den von Clinton angestrebten Dreiergipfel mit Barak und Arafat zur Vollendung eines Rahmenabkommens noch nicht ausreichend seien. Es gehe jetzt darum, die durch den schnellen Abzug Israels aus Südlibanon entstandene



Israels Ministerpräsident Ehud Barak (links) traf in Portugal mit US-Präsident Bill Clinton zusammen. Empfangen wurde Barak auch von seinem portugiesischen Amtskollegen Jorge Sampaio (rechts). (Bild: Keystone)

neue Dynamik zu nutzen.

Clinton gehe weiter davon aus, dass der von Israelis und Palästinensern gesetzte Termin des 13. September für das Erreichen einer grundlegenden Vereinbarung eingehalten werden kann.

Nach israelischen Angaben hatte Barak vor Beginn des Gesprächs mit Clinton den Palästinenser mangelnden Verhandlungswillen vorge-

worfen und gleichzeitig erneut betont, dass die Tür zu Verhandlungen mit Syrien, die seit Jahresbeginn brach liegen, nicht geschlossen sei.

Am Vortag hatte auch Aussenminister David Levy den Palästinensern wegen der stockenden Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung schwere Vorwürfe gemacht. Es gebe «keinen Grund für Optimismus» im Hinblick auf ei-

ne baldige Einigung, warnte er. Arafat hatte am Mittwoch eine neue Runde der Verhandlungen ab-

gesagt. Nach einem Bericht der gut informierten palästinensischen Tageszeitung «Al Ayyam» sollten die Verhandlungen aber am Donnerstag an einem geheim gehaltenen Ort in Israel oder in den Palästinensergebieten wieder aufgenommen werden.

Microsoft: Urteil in nächster Woche

Urteil im Microsoft-Prozess frühestens in der kommenden Woche

WASHINGTON: Das Urteil im Kartellprozess gegen den amerikanischen Software-Konzern Microsoft fällt frühestens in der kommenden Woche. Der zuständige Richter Thomas Penfield Jackson räumte am Donnerstag überraschend eine letzte Gelegenheit ein, zu möglichen Strafmassnahmen gegen den Konzern Stellung zu nehmen.

Ursprünglich war ein Urteil bereits an diesem Freitag für möglich gehalten worden, nachdem Microsoft am Mittwoch (Ortszeit) beim Richter seine Reaktion auf überarbeitete Vorschläge des Justizministeriums vorgelegt hatte.

Dabei wandte sich der Konzern erneut vehement gegen eine Zerschlagung in zwei getrennte Firmen und kritisierte den Plan als völlig überzogen, radikal und schädlich

für die Konsumenten. Auch fast allen anderen Punkten der Regierungsempfehlungen widersprach Microsoft in seinen Argumenten auf das Schärfste und setzte ihnen zum Teil Änderungsvorschläge in deutlich schwächerer Form entgegen. So forderte das Unternehmen zum Beispiel für den Fall einer tatsächlichen Zerschlagung mindestens zwölf Monate Zeit, um einen Aufspaltungsplan zu erarbeiten. Das Ministerium schlug dagegen vier Monate vor.

Missbrauch des Monopols

Das US-Justizministerium und 19 US-Bundesstaaten hatten den weltgrößten Software-Hersteller wegen Missbrauchs seiner Monopolstellung beim Betriebssystem Windows verklagt. Im April hatte Penfield Jackson den Klägern Recht gege-

ben und Microsoft des Verstosses gegen die Kartellgesetze für schuldig befunden. In einer Anhörung vergangene Woche zeigte der Richter Sympathien für die Empfehlung des Ministeriums und 17 Bundesstaaten, Microsoft aufzuteilen. Er deutete gar an, dass er eine Zerschlagung in drei statt zwei Teile befürworte, um die Bildung neuer Monopole zu verhindern.

Betriebs- und Anwendersysteme

Das Justizministerium hatte am vergangenen Freitag auf Aufforderung des Richters eine leicht revidierte Fassung seiner Empfehlungen vorgelegt. Der Vorschlag zielt darauf ab, Microsoft in ein Unternehmen für die Windows-Computerbetriebssysteme und ein zweites aufzuteilen, das für alle anderen

Software-Produkte wie das Textverarbeitungssystem Word und den Internet-Browser zuständig wäre.

In seiner fristgemäss am Mittwoch eingereichten Antwort kritisierte Microsoft den Zerschlagungsplan zur Verhinderung künftiger Kartellrechtsverstösse als «fehlerhaft», «vage» und «vieldeutig». «Wenn Auflagen so vage und mehrdeutig sind, dass man sie nicht verstehen kann, sind sie nichtig und nicht durchsetzbar».

Microsoft beklagte, dass der Richter die weitere Anhörung von Verteidigungszeugen verweigert habe. In einem Anhang nannte die Firma Topmanager, etwa von Compaq und Geico sowie des Filmstudios DreamWorks, die vor Gericht vor «konsumentenschädlichen» Folgen einer Microsoft-Zerschlagung gewarnt hätten, wäre ihnen die Möglichkeit dazu gegeben worden.

Clintons Besuch in Deutschland

Dreitägiger Staatsbesuch: Karlspreis und «Reformergipfel»

BERLIN: US-Präsident Bill Clinton ist am Donnerstag in Berlin zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Deutschland eingetroffen. Nach Portugal ist Deutschland die zweite Station auf seiner Abschiedstour durch Europa.

Bundespräsident Johannes Rau empfing Clinton im Schloss Bellevue. Anschliessend traf Clinton mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen. Nach einem rund zweistündigen Gespräch äusserte sich Clinton besorgt über die US-Pläne für ein neues Raketenabwehrsystem.

Neben den Themen Raketenabwehrsystem und Russland sprachen beide Politiker auch über das Problem des Sorgerechts bei Kindern aus geschiedenen deutsch-amerikanischen Ehen. Am Abend wollte Clinton auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel treffen.

Am Freitag wird dem US-Präsidenten in Aachen der Karlspreis der Kaiserstadt verliehen. Mit dem Preis werden alljährlich Persönlich-

keiten ausgezeichnet, die sich um die Einigung Europas verdient gemacht haben. Die Laudatio wird Bundeskanzler Schröder halten.

Anschliessend kehren Clinton und Schröder gemeinsam nach Ber-

lin zurück, wo der deutsche Kanzler ab Freitagabend 13 Staats- und Regierungschefs zu einem «Reformergipfel», einer Konferenz zum Thema «Modernes Regieren im 21. Jahrhundert», erwartet.



Bundespräsident Johannes Rau (Mitte) grüss US-Aussenministerin Madeleine Albright. Rechts US-Präsident Clinton mit Höflichkeitsabstand.

Keine Waffenruhe

ASMARA: Ungeachtet des von Äthiopien verkündeten Krieges hat Eritrea einen Waffenstillstand im Grenzgebiet abgelehnt, solange noch äthiopische Truppen auf seinem Gebiet stehen. Der eritreische Präsidentenberater Yemane Gebremeskel sagte, eine Waffenruhe sei unmöglich, bis Äthiopien seine Truppen aus allen besetzten Gebieten in Eritrea abgezogen habe. Der Friedensplan der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) sehe einen Rückzug der Kräfte gegen auf die Stellen vom 6. März 1998 vor. Äthiopien könne nicht willkürlich anders entscheiden, sagte Gebremeskel. Die OAU, die USA, die Europäische Union und UNO müssten sicherstellen, dass an dem Friedensplan nicht «herumgepfuscht» werde. Der äthiopische Aussenminister Seyoum Mesfin forderte dagegen internationale Garantien der Grenzen zu Eritrea als Bedingung für einen Truppenrückzug.